



NEUE REPUBLIK

www.rep-hessen.de | Politik – Wirtschaft – Soziales | Parteizeitung der REPUBLIKANER | Ausgabe Februar 2011 (Nr. 01/11)

Damit Hessen sich nicht abschafft

Thilo Sarrazin spricht aus, was die Republikaner schon immer gesagt haben

Der frühere SPD-Politiker Thilo Sarrazin belegt in seinem millionenfach verkauften Buch „Deutschland schafft sich ab“ ausführlich, was im Grunde seit vielen Jahren bekannt ist: Die Deutschen werden wegen ihrer zu geringen Geburtenrate immer weniger, gleichzeitig entsteht durch die Masseneinwanderung unqualifizierter Ausländer – vor allem aus der Türkei – eine neue Unterschicht, die von staatlichen Leistungen lebt, statt selbst Steuern und Sozialabgaben zu zahlen. Die zwangsläufige Folge besteht darin, dass Deutschland verarmen wird.



Hessen ist da keine Ausnahme. Einerseits veröden ländliche Regionen; im Werra-Meißner-Kreis rechnet man schon bis 2030 mit einem Bevölkerungsrückgang von 25 Prozent. Andererseits steigt in den Ballungsräumen der Ausländeranteil immer weiter. Ein Viertel

der Einwohner Hessens hat inzwischen einen sogenannten Migrationshintergrund, in Großstädten wie Frankfurt und Offenbach liegt der Anteil bei mehr als 40 Prozent. Bei jungen Menschen ist der Anteil noch weitaus höher: 45 Prozent hessenweit bei den bis zu Sechsjäh-

rigen, zwei Drittel in Frankfurt.

In den Ballungsräumen ist es normal, dass deutsche Kinder (wenn überhaupt noch vorhanden) in den Schulklassen eine Minderheit bilden. Unter diesen Umständen braucht man sich nicht zu wundern, dass immer mehr Ausländer sich nicht mehr in die deutsche Gesellschaft integrieren wollen, sondern ihre eigene Lebensart und insbesondere ihre islamische Religion aggressiv vertreten.

Schon jetzt verändert sich unser Alltag: Kreuze werden in allen öffentlichen Einrichtungen abgehängt, Kopftücher beherrschen das Straßenbild, in Kindergärten und Krankenhäusern gibt es kein Schweinefleisch mehr – das könnte ja die muslimischen Mitbürger beleidigen. Die seit 1999 von der CDU geführte

Landesregierung sieht dieser Entwicklung tatenlos zu und begrüßt sie sogar noch. In früheren Zeiten, als Alfred Dregger CDU-Landesvorsitzender war, forderte sie, den weiteren Zuzug von Ausländern zu stoppen und Missbräuche des Gastrechts zu verhindern. Heute sagt Innenminister Boris Rhein (CDU), Zuwanderung sei eine Bereicherung.

Wir Republikaner vertreten seit eh und je dieselben Ziele wie Alfred Dregger und nun Thilo Sarrazin: Keine weitere Masseneinwanderung, keine multikulturelle Gesellschaft.

In Deutschland soll nur bleiben dürfen, wer sich in die deutsche Gesellschaft einfügt, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit verdient und keine Straftaten begeht.

Pflichtsprache Deutsch, was denn sonst

„Achtet die Gesetzte, passt euch an, lernt Deutsch!“ Dieser Ausspruch stammt nicht etwa von einem deutschen Politiker, sondern aus dem Mund des türkischen Europaministers Egem Bagis, der damit seine Landsleute in Deutschland zur besseren Integration auffordert.

Bagis bestätigt damit unbewusst die Haltung der Republikaner: Integration funktioniert nur durch das Erlernen der Sprache des Gastlandes. Die realen Fakten haben den Multi-Kulti-Wahn längst als bloße Illusion mit verheerenden gesellschaftspolitischen Folgen entlarvt.

In Kindergärten und Schulen befinden sich deutsche Kinder vielerorts bereits in der Minderheit, mit fatalen Folgen. Wie Studien belegen, wird dadurch das Bildungsniveau massiv abgesenkt, zum anderen werden deutsche Schüler von ihren ausländischen Mitschülern zunehmend unterdrückt und ausgegrenzt. Deshalb treten die Republikaner in den Kommunalparlamenten dafür ein, eigene Klassen bzw. sogar eigene Schulen für Kinder „ohne Migrationshintergrund“ einzurichten.

In Hessen haben die Republikaner darüber hinaus auf kommunaler Ebene eine Kampagne zur Einführung von Deutsch als Pflichtsprache auf den Schulhöfen gestartet und unterstützen die Forderung des VDS (Verein Deutsche Sprache) zur Aufnahme von Deutsch ins Grundgesetz. Als angenehmer Nebeneffekt wäre dann auch Schluss mit der Verwässerung unserer Muttersprache durch die ausufernde Einführung von immer mehr Anglizismen, die ohnehin von einem Großteil der Bevölkerung nicht verstanden werden.



Bert-Rüdiger Förster, Hanau

Der Euro macht uns kaputt

Der „Rettungsschirm“ gibt Deutschland der Ausplünderung preis. Jahrzehntlang war Deutschland stolz auf seine eigene Währung. Die Deutsche Mark brachte uns Wohlstand und Stabilität; in der ganzen Welt wurden wir um dieses Geld beneidet.

Auf einmal war Schluss damit. Auf einmal hieß es, wir bräuchten eine europäische Gemeinschaftswährung, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) sah den Höhepunkt seiner politischen Laufbahn darin, deutsches Geld durch europäisches zu ersetzen. Gefahren gab es angeblich nicht. Der Euro sollte genauso stabil sein wie die DM, eine Haftung für andere Euroländer war vertraglich ausgeschlossen. Natürlich gab es schon damals warnende Stimmen, die aber nicht ernstgenommen wurden. Wir Republikaner haben schon 1998 Plakate gehängt, in denen die Beibehaltung der Mark gefordert wurde. Jetzt zeigt sich, wie berechtigt die Warnungen waren: Griechenland hat sich den Beitritt zur Euro-Zone durch gefälschte Statistiken erschlichen und ständig über seine Verhältnisse gelebt. Die Iren wurden durch hemmungslose Spekulationen zum vermeintlich wohlhabendsten Volk Europas.

Nun sind Griechenland und Irland pleite – und wir Deutschen sollen zahlen. An dem Rettungsschirm für beide Länder ist Deutschland mit etwa 180 Milliarden Euro beteiligt, die fällig werden, wenn die Krise nicht bewältigt werden kann. Das bedeutet dann: Steuererhöhungen und Kürzung von Sozialleistungen für Deutsche. Von dem vertraglichen Ausschluss der Haftung für andere Euro-Länder ist keine Rede mehr, der Euro muss ja gerettet werden.

Es kann noch schlimmer kommen: Auch Portugal, Spanien und eventuell Italien wackeln. Die EU-Kommission schlägt nun sogenannte Eurobonds vor, damit diese Länder nicht so hohe Zinsen zahlen müssen, d.h. es soll Gemeinschaftsanleihen geben, für die alle haften. Wiederum würde Deutschland zahlen, denn auf diese Weise gäbe es gleiche Zinsen für alle: Griechen, Spanier, Italiener müssten weniger zahlen, Deutsche aber mehr. Die Zeche haben dann deutsche Bauherren und Verbraucher zu begleichen. Und diese Opfer sollen wir für Länder bringen, in denen man überwiegend noch mit 60 in Rente gehen kann, während Deutsche bald bis 67 arbeiten!

Es ist wie immer seit der Gründung der EU: Deutschland zahlt, die anderen profitieren. Damit muss Schluss sein: Raus aus dem Euro – bevor er uns kaputtmacht.

KOMMUNALWAHLEN HESSEN

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger

am 27. März finden die hessischen Kommunalwahlen statt. Es werden wieder für fünf Jahre die Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen gewählt – Zeit daran zu erinnern, dass es nicht nur die etablierten Parteien gibt, die ständig in den Medien zu sehen sind. Es gibt auch die Republikaner, die in vielen hessischen Kommunalparlamenten gute Arbeit leisten. Wir bieten eine demokratische Alternative zum Einheitsbrei der anderen.

Konservativ – christlich – patriotisch, das sind unsere Angebote an alle Bürger, die dem linken Zeitgeist nicht folgen wollen, sondern sich traditionellen Werten verpflichtet fühlen.

Wir wollen Sie auf den folgenden Seiten über einen Teil unserer Positionen informieren. Selbstverständlich stehen Ihnen unsere Kandidaten in ganz Hessen für weitere Auskünfte zur Verfügung. Sie können etwas ändern, wenn Sie nur wollen – insbesondere dadurch, dass Sie die Republikaner wählen.



Haymo Hoch, Landesvorsitzender

Das Land lässt die Kommunen verhungern

Die Landesregierung muss endlich gegen den Länderfinanzausgleich klagen

Fast alle hessischen Gemeinden und Landkreise müssen mit einer gewaltigen Neuverschuldung kämpfen; die Einnahmen reichen nicht mehr aus, um die immer höheren Sozialausgaben zu bezahlen. Die Folgen sind überall zu besichtigen: Marode Schulen und Kindergärten, geschlossene Schwimmbäder, auf den Straßen ein Schlagloch neben dem anderen.

Dafür gibt es zwei Gründe: Zum einen werden in Berlin immer neue Gesetze beschlossen, die von den Kommunen ausgeführt werden müssen, ohne dass der Bund einen finanziellen Ausgleich leisten würde. Zum anderen sind die sogenannten Schlüsselzuweisungen des Landes an die Kommunen zu gering; sie sollen jetzt sogar noch gekürzt werden. Das Land Hessen zahlt zu wenig, weil es selbst nichts hat, obwohl Hessen neben Bayern und Baden-Württemberg das wirtschaftsstärkste Bundesland ist. Diese drei Länder könnten im Geld schwimmen – wenn der Länderfinanzausgleich nicht wäre.

Tatsächlich sind sie am Ende ärmer als die meisten Nehmerländer. Hessen hat im letzten Jahr 1,7 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich gezahlt, Berlin als größtes Nehmerland hat 2,9 Milliarden bekommen, dazu noch Hilfen des Bundes. Nun plant Berlin, für die letzten drei Kindergartenjahre auf Gebühren zu verzichten – davon kann man in Hessen nur träumen!

Wir Republikaner fordern seit langem, dass Hessen beim Bundesverfassungsgericht gegen den Länderfinanzausgleich klagt. Das jahrelange Zögern der Regierungen Koch und Bouffier ist den Kommunen nicht länger zumutbar.



Dorothee Glemser, Odenwaldkreis

Mehr Demokratie wagen

Republikaner für Internetübertragung von Kommunalparlamentssitzungen

Es könnte so einfach sein, die viel beschworene Transparenz von Entscheidungen in der Realität zu ermöglichen. Kommunalparlamente tagen häufig zu für den Bürger ungünstigen Zeiten. Oft interessieren sich Bürger auch nur für einzelne Tagesordnungspunkte.

Technisch sind heute Sitzungsübertragungen im Internet oder nachträgliche Einstellungen von Sitzungsmitschnitten kein Problem. Unsere Anträge in verschiedenen Kommunalparlamenten, die genau dies forderten, wurden alle abgelehnt. Die etablierten Medien berichten häufig einseitig oder gar nicht über unsere parlamentarischen Initiativen. Deswegen werden Sie auch von diesem Antrag wahrscheinlich erst hier erfahren haben. Wir werden uns daher auch in der nächsten Wahlperiode für die Nutzung des Internets zur Herstellung von Transparenz einsetzen, damit der Bürger alle Argumente, die ihn interessieren, vergleichen und dann gut informiert entscheiden kann. Lassen Sie uns gemeinsam mehr Demokratie wagen.



Kim Philipp Nowak, Wehrheim

Absender nicht vergessen!

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Telefonnummer _____

- Ich wünsche weitere Informationen.
- Ich möchte Mitglied werden.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

Kein Platz für Salafisten! Radikale Islamisten unerwünscht

Sie streben einen rigiden Gottesstaat an, bezeichnen die Demokratie als falsche Religion und werben seit geraumer Zeit unverfroren insbesondere in deutschen Großstädten, wie jüngst in Wiesbaden und Offenbach, um neue Mitglieder und die Verbreitung ihrer Lehre, dem sogenannten Salafismus, einer besonders radikal-fundamentalistischen Glaubensrichtung des Islam.

Wegen ihrer gegen Rechtsstaat und Demokratie gerichteten Ziele werden die Salafisten, deren deutsche Aktivitäten im Verein „Einladung zum Paradies“ gebündelt sind, deshalb vollkommen zu Recht vom Verfassungsschutz beobachtet. Einer ihrer Hauptakteure, der Deutsch-Konvertit Pierre Vogel, unterliegt wegen des Verstoßes gegen die Sicherheit und Ordnung gar einem Einreiseverbot in der Schweiz.

Vor dem geschilderten Hintergrund erteilen die Republikaner der offenen Werbung radikaler Islamisten für die Einführung von Gottesstaat und Scharia auf deutschem Boden eine klare Absage. Unser Land darf sich nicht weiter zum Tummelplatz radikal-islamischer Hetzer und Hassprediger entwickeln. Grundgesetz und Islam passen nun einmal nicht zusammen. Das Schweizer Beispiel zeigt: Wer unser Gastrecht missbraucht, muss raus, und zwar sofort!

Hans-Joachim Münd, Offenbach



Geschlossene Heime für kriminelle Kinder und Jugendliche

Geschlossene Heime haben durch die aktuellen Diskussionen über Missstände, die meist Jahrzehnte zurückliegen, einen schlechten Ruf. Sie sind in Deutschland kaum zu finden.

Solche Einrichtungen sind jedoch für strafunmündige Täter oft die letzte Chance, auf „den rechten Weg“ zurückzufinden. Sie bieten aber auch der Gesellschaft Schutz vor durchreisenden Kinderbanden, die häufig von den eigenen Familien zu Straftaten angestiftet werden.

Man kann dem Problem herumstreuender Minderjähriger zu deren eigenem Vorteil durch zeitweise Unterbringung in einem geschlossenem Heim entgegenwirken. Klau- und Bettelkinder dürfen in einem funktionierenden Sozial- und Rechtsstaat nicht akzeptiert werden.

Kinder, die Straftatbestände verwirklichen und dann in einer offenen Einrichtung abgeliefert werden, sehen keine Veranlassung, ihr Verhalten zu ändern. Geschlossene Heime geben die Chance zur Änderung.

Republikaner stehen für Recht und Ordnung. Wir schauen bei Straftaten nicht weg, sondern suchen nach Lösungen.

Mark Olaf Enderes, Wiesbaden



HESSEN

Streiflichter aus Frankfurt

Dezember 2010

Vier junge Männer überfallen einen Radfahrer, misshandeln und berauben ihn. Das Opfer erleidet schwere Augenverletzungen; es wird möglicherweise erblinden. Zwei der Täter werden festgenommen. Es handelt sich um einen Marokkaner und einen „Deutscheritree“, beide polizeibekannt wegen einer Serie von Gewalt- und Eigentumsdelikten. **Warum können diese Verbrecher frei herumlaufen?**

Vier junge Männer schlugen und treten an der Hauptwache auf zwei Deutsche ein, die an Kopf und Körper schwer verletzt werden. Eine halbe Stunde später überfallen dieselben Männer einen Deutschen in der Taunusanlage und schlagen auch ihn zusammen. Die Täter werden festgenommen. Es handelt sich um zwei Russen, einen Kasachen und einen Türken. Auch sie sind polizeibekannt. Sie werden alsbald wieder freigelassen, „weil es keine Haftgründe gibt“.

Nun können sie munter weitermachen. Was ist das für eine Justiz!

ACHTUNG: Jede Stimme zählt! Bei Kommunalwahlen gibt es keine 5%-Hürde

Unzufrieden mit der Politik in Deutschland?

RICHTIGE EHRliche POLITIK

Sie wollen etwas ändern? Dann tun Sie's mit uns:

Was wir dazu dringend benötigen und worum wir Sie ganz herzlich bitten, ist die größtmögliche Finanzhilfe zur Förderung unserer Wahlanstrengungen. Nur mit Ihrer Hilfe können wir uns gegen die Übermacht der linken Parteien- und Medienmacht durchsetzen. (Spenden sind steuerlich absetzbar!)

Wenn Deutschland noch eine rechtskonservative Zukunft haben soll, dann gibt es nur eine Alternative:

DIE REPUBLIKANER REP

Spendenkonto Nr. 847 470, Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01)

Nur bei Angabe der vollständigen Anschrift, kann eine Spendenbescheinigung ausgestellt werden.

Nutzen Sie Ihren Informationsgutschein!

Einfach ausschneiden, ausfüllen, einkuvertieren und absenden an folgende Adresse:



Die Republikaner, Landesverband Hessen
Mühlheimer Str. 107, 63075 Offenbach

Impressum

DIE REPUBLIKANER, LV Hessen
Mühlheimer Str. 107, 63075 Offenbach
Telefon: (0 69) 86 68 89
Fax: (0 69) 86 77 74 22
E-Mail: hessen@rep.de, Internet: www.rep.de
V.i.S.d.P.: Haymo Hoch